

„Kirche in der Arbeitswelt und Stimme der Arbeitnehmer/innen in der Kirche“
Aktion
Mensch in der Mitte
Frauen
Nachhaltigkeit
Sozialwort
Subsidiarität
Personalität
Solidarität
Gemeinwohl
Europa
KAB

Zeit Zeichen

Magazin für Kirche und Arbeitswelt

International Gesellschaftspolitik Option für die Armen
„Die ersten und unmittelbaren Apostel der Arbeiter müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst sein“ (Joseph Cardijn)
Kirche heute Arbeit

Oktober
Nr. 4/2016

Jetzt mit Regionalteil
Steiermark
und
Wien

Zukunft gestalten

Staatssekretärin Muna Duzdar:
“Integration verlangt Qualifikation”



Qualifikation ist der Schlüssel. Muna Duzdar über Vorschläge der SPÖ zur Integration von AsylwerberInnen in den Arbeitsmarkt
S. 2 – 4



Begegnung in Gaming. Drei spannende Tage beim Treffen von Kirche und Gewerkschaft KABÖ
S. 6 – 7



Miteinander statt nebeneinander. Für Integration ist es nie zu spät
S. 16

Hans Hofer BKA

Qualifikation ist der Schlüssel

Staatssekretärin Muna Duzdar über Vorschläge der SPÖ zur Integration von AsylwerberInnen in den Arbeitsmarkt

Anfang September hat die SPÖ ein Positionspapier zur Flüchtlingspolitik vorgelegt, das ein „Integrationsjahr“ vorsieht, in dem AsylwerberInnen und Asylberechtigte schrittweise an den Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen. Wie sehen diese Schritte aus? Welches Integrations-Verständnis steckt hinter dieser Positionierung? Wie geht es weiter mit dem vorgelegten Papier? Ein Interview mit der Staatssekretärin für Diversität, öffentlichen Dienst und Digitalisierung, Muna Duzdar, die gemeinsam mit Sozialminister Alois Stöger und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil das Papier erarbeitet hat.



Hans Hofer/BCA

■ Das „Positionspapier“ der SPÖ zur Flüchtlingspolitik möchte über ein „Integrationsjahr“ auch eine „Heranführung“ von AsylwerberInnen und Asylberechtigte an den Arbeitsmarkt bewerkstelligen. Wie sieht das genau aus?

■ Wir sind davon überzeugt, dass Qualifikation der Schlüssel für den Zugang zum Arbeitsmarkt ist – das sehen wir auch bei den Österreicherinnen und Österreichern. Im Integrationsjahr sollen Menschen mit Fluchthintergrund zunächst eine Phase durchlaufen, in der sie Deutsch lernen, und zwar intensiv, im Ausmaß von mindestens 15 Wochenstunden. Es soll dann ein Orientierungskurs folgen, eine aufgewertete Variante des derzeitigen Wertekurses, und ein Monat, in dem die Kompetenzen der AsylwerberInnen überprüft werden. Die nächste Phase wäre ein Arbeitstraining, eine Mitarbeit in sozialökonomischen Betrieben, in Gemeinden oder etwa Lehrwerkstätten, gefolgt von einem Bewerbungstraining.

■ Was geschieht jetzt mit diesem Papier?

■ Wir werden dieses Konzept in die Verhandlungen mit der ÖVP einbringen, beschlossen wurde noch nichts.

■ In der Phase des Arbeitstrainings sollen

die AsylwerberInnen und Asylberechtigte laut SPÖ-Papier nichts verdienen. Warum? In der öffentlichen Debatte taucht die Frage der Entlohnung von arbeitenden Flüchtlingen immer wieder im Zusammenhang mit der ÖVP-Idee von verpflichtenden gemeinnützigen Tätigkeiten und Ein-Euro-Jobs auf...

„Wir brauchen eine Verkürzung der Dauer von Asylverfahren.“

■ ... das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Die ÖVP richtet sich mit ihrer Idee an Personen, die bereits einen positiven Asylbescheid bekommen haben, unser Konzept richtet sich auch an Personen, die noch im Asylverfahren stecken, an AsylwerberInnen. Das wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder vermischt, auf politischer wie medialer Ebene. Das Integrationsjahr soll ein reines Qualifikationsjahr sein, ohne Eingriff in den Arbeitsmarkt. Die AsylwerberInnen werden in dieser Zeit weiter von der Grundversorgung leben. Die Idee von Außenminister Kurz, Flüchtlinge zu gewissen Tätigkeiten

auf Basis von Minijobs zu verpflichten, lehne ich ab. Wir sehen in Deutschland, wie dieses Modell den Niedriglohnsektor ausweitet, wie etwa Hartz-4-EmpfängerInnen damit in der Armut gehalten werden. Dieses Modell verursacht Lohndruck und führt nicht aus der Armut, schreibt sie vielmehr fest bzw. weitet sie aus.

■ Teil des Integrationsjahres wäre auch eine Öffnung des „Dienstleistungsschecks“ für AsylwerberInnen. Was heißt das, und welchen Nutzen verspricht man sich davon??

■ Das bedeutet, dass AsylwerberInnen die Möglichkeit bekommen sollen, auf Basis einer geringfügigen Beschäftigung im privaten Bereich, zum Beispiel bei der Haushaltshilfe, schon aktiv werden zu können. Das muss aus unserer Sicht einhergehen mit einer Stärkung der Gemeinden, d.h. einer Stärkung ihrer Entscheidungsmöglichkeiten, was etwa Umfang und Einsatzmöglichkeiten der Beschäftigung von Flüchtlingen betrifft.

■ Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist aktuell die höchste seit den 50er-Jahren, eine Entspannung ist nicht zu erwarten. Vielen ÖsterreicherInnen wirkt jeder weitere Mitbewerber am Arbeitsmarkt bedrohlich. Für wie aufnahmefähig halten

Sie derzeit den Arbeitsmarkt?

■ 2016 sind in Österreich 26.419 Personen zum Asylverfahren zugelassen. Nicht alle werden einen positiven Asylbescheid erhalten. Das zunächst einmal zu den Zahlen. Natürlich ist der Arbeitsmarkt belastet. Umso wichtiger ist die Investition in Qualifikation. Teil unseres Integrationsprogrammes ist es beispielsweise auch, eine Qualifizierungspflicht für Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind, einzuführen. Das betrifft junge Menschen im Alter bis zu 25 Jahren. Ein Pilotprojekt in diesem Zusammenhang ist das „Jugendcollege“ in Wien, das jetzt mit 1000 Plätzen gestartet ist. Dieses Modell sollte bundesweit verwirklicht werden.

■ Teil des Integrationsjahr-Programms ist auch ein „Kompetenzcheck“. Dazu hat es

seitens des AMS ein Pilotprojekt gegeben. Was erwarten Sie vom AMS?

■ Die Kompetenzchecks des AMS gibt es noch immer. Wir wollen IntegrationsberaterInnen, die von Anfang an begleiten, und zwar intensiv. Das umfasst zum Beispiel auch eine ausführliche Dokumentation.

„Natürlich ist der Arbeitsmarkt belastet. Umso wichtiger ist die Investition in Qualifikation.“

■ In Deutschland ist der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen bereits nach drei Mona-

ten offen. Ist das auch in Österreich anzustreben?

■ Die Regelung in Deutschland besagt, dass eine Person, die Asyl beantragt hat, drei Monate nach Antragstellung dann einen Job annehmen kann, wenn keine andere Person aus Deutschland oder dem EU-Raum dafür gefunden werden kann. Wir glauben, dass Qualifikation und Ausbildung zunächst unbedingt wichtig sind, es sinnvoll ist, sich dem Arbeitsmarkt über „kleine“ Tätigkeiten anzunähern. Gleichzeitig plädieren wir aber dafür, die im europäischen Vergleich deutlich längeren Asylverfahren in Österreich abzukürzen. Ein Asylverfahren soll nicht, wie es manchmal leider der Realität entspricht, zwei bis drei Jahre dauern dürfen. In dieser Zeit gehen mitgebrachte Qualifikationen und auch Motivation verloren.



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ein Jahr ist es her, dass die große Flüchtlingsbewegung über den Balkan Österreich erreicht hat. Die Hilfsbereitschaft gegenüber den Vertriebenen vorwiegend aus Syrien, dem Irak und Afghanistan war kaum zu fassen, die österreichische Zivilgesellschaft hat ungeheure Kraft, Entschiedenheit und Sympathie im wahrsten Sinn des Wortes an den Tag gelegt: Mitgefühl mit Menschen, die ihrerseits am Ende ihrer Kraft und (Über-)Lebensmöglichkeiten waren.

Ein Jahr später arbeitet sich Österreich wie auch andere europäische Staaten durch die Mühen der Ebene, durch Aufgaben, die sich mit dem Ziel der Integration stellen, durch Widerstände, die aus einer politischen Radikalisierung resultieren, in der Flüchtlinge als Projektionsfläche dienen.

Die Frage der Beschäftigung von AsylwerberInnen ist bereits vor einem Jahr öffentlich debattiert worden. Was ist aus seinerzeitigen Vorschlägen und Argumenten geworden? Welche Wege schlägt eine Partei ein, die einen der „trouble-shooter“ der ersten Stunde in der „Flüchtlingskrise“, den damaligen ÖBB-Chef Christian Kern, mittlerweile an ihrer Spitze stehen und zum Bundeskanzler gemacht hat? Ein Interview dazu mit Staatssekretärin für Diversität Muna Duzdar auf diesen Seiten; ein Bericht zur Frage der Integration von „der Basis“, von Ehrenamtlichen in einem Amstettner „Nähcafé“ auf Seite 12, Überlegungen des Generalsekretärs der Katholischen Aktion Steiermark und Integrationsbeauftragten der Katholischen Kirche Steiermark,

Erich Hohl, auf Seite 16 sowie Eindrücke von der 21. Sommerakademie von AK, ÖGB und KAB zum Thema Flucht und Migration (S. 6-7).

Übrigens: gibt es noch etwas anzumerken zu „A.“, dem Adressaten eines Briefes im ZeitZeichen vom vergangenen Herbst, jenem Helfer aus Afghanistan, der am Westbahnhof monatelang ehrenamtlich Übersetzungs- und Ordnungsdienste aller Art geleistet hat. Vier Jahre war er bereits in Österreich gewesen, zuletzt als subsidiär Schutzberechtigter, ohne Arbeit, scheinbar chancenlos mit einem A1-Deutschertifikat nach null (!) Schuljahren in seiner Heimat. Es haben sich Menschen gefunden, die ihm eine Chance gegeben haben. Er arbeitet seit April in Vollzeit als Hilfskraft bei einem Verkehrsunternehmen, in unterschiedlichen handwerklichen Bereichen. Vor wenigen Wochen ist er in ein unbefristetes Dienstverhältnis übergetreten. Sein Arbeitgeber will nicht mehr auf ihn verzichten - A. kann einfach (fast) alles...

PS: Noch ein Wort zur kurz vor Druck dieser Ausgabe ausgebrochenen Debatte um die Entlohnung von gemeinnützig tätigen AsylwerberInnen: absurd und beschämend, zur Bemessung dieser Entlohnung das Lohnniveau afghanischer Polizisten heranzuziehen. Aufstachelnd und auch willkürlich. Wäre da ein nächster Schritt nicht folgerichtig das Argument, dass ÖsterreicherInnen früher (lang, lang ist's her) auch nicht mehr verdient haben?

Chefredakteurin Elisabeth Ohnemus

■ Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer haben schon im vergangenen Herbst für eine Öffnung des Arbeitsmarktes für AsylwerberInnen plädiert, und vom ÖGB gibt es eine Resolution, die ebenfalls die Forderung nach einer raschen Integration enthält.

■ Die Sozialpartner haben sich bereits im April 2016 darauf geeinigt, den Arbeitsmarkt nach sechs Monaten zu öffnen, es gibt aber auf Bundesebene, zwischen SPÖ und ÖVP, keine Einigung. Noch einmal: wir fordern eine Verkürzung der Dauer von Asylverfahren.

■ Der österreichische Migrationsforscher Bernhard Perchinig vertritt die These, dass Zuwanderung auch die Schaffung von Jobs anregen kann.

■ Ich denke da vor allem an den Bereich der Selbständigkeit. Flüchtlinge bringen zum Teil Fähigkeiten und Kompetenzen mit, die wertvoll sind, aber es leider oft lange dauert, bis sie anerkannt werden. Wir müssen die Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Kompetenzen vorantreiben und beschleunigen. Es gibt in Österreich jetzt das Ausbildungsgesetz. Wichtig ist, dass mitgebrachte Qualifikationen schneller anerkannt werden.

Interview: Elisabeth Ohnemus



Elisabeth Ohnemus

Asyl als Menschenrecht

Entwicklungen, Perspektiven: ein österreichisch-tschechischer Dialog

11.11.2016
17 – 21 Uhr

Festsaal des Gymnasiums Laa an der Thaya, BG/BRG Laa an der Thaya, Martin Wachter-Platz 6, 2136 Laa an der Thaya

Anmeldung unter +43 1/51552 3354 sowie ka.arbeitnehmer@edw.or.at
Barbara Holzer, KAB-Büro

Die große Flüchtlingsbewegung im Herbst 2015 hat Europa in seinen Grundfesten erschüttert: Wie steht es mit den Prinzipien dieses „Friedensprojekts“, wenn Menschen infolge Krieg, Terror und Vertreibung an die Tür klopfen? Was verlangt das Bekenntnis zu Menschenwürde und Menschenrechten angesichts Hunderttausender, die in Europa Sicherheit und Schutz suchen? Sind „Obergrenzen“, eine „Notverordnung“ die richtige Antwort? Welche Asylpolitik ist unter dem Gesichtspunkt der Achtung von Menschenrechten langfristig zu vertreten und zu verantworten? Was braucht es, damit Europa als Verbund vieler Staaten angesichts der bestehenden Herausforderungen handlungsfähig bleibt? Themen für einen „Abend an der Grenze“ mit Beiträgen aus Österreich und Tschechien.

Referenten

Dr. **Martin Rozumek** Leiter der tschechischen Flüchtlingshilfsorganisation OPU (Prag)
Mag. **Herbert Langthaler** asylkoordination Österreich
Mag. **Martin Jaretz** Direktor des Gymnasiums Laa und Sprecher der „Plattform Flüchtlingshilfe Laa“

VeranstalterInnen: Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung der Erzdiözese Wien, Katholische Frauenbewegung der Erzdiözese Wien, Plattform Flüchtlingshilfe Laa, weltumspannend arbeiten

Impressum

Medieninhaberin (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 01/51552-3350 **Geschäftsführerin:** Maria Etl **Chefredakteurin:** Mag.a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Maria Etl, Philipp Kuhlmann **Verwaltung/Anzeigen:** Monika Schwarz **Fotos:** Titel+S2: Hans Hofer BKA; S4: Elisabeth Ohnemus; S6+7: Philipp Kuhlmann; S9 Margit Savernik; S12 KAB St. Pölten; S13 Wolfgang Zarl; S14+15 Maria Etl; S16 Gerd Neuhold, Johannes Labner; S17: Johannes Labner; S18 Philipp Kuhlmann **Layout:** Fabian Unterberger **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 kab.office@kaoe.at

Geschlechtergerechte Budgets

Femme Fiscale informiert mit einem Hosentaschenbuch

Eine grundlegende, kurzweilige Information zum Thema „Genderbudgeting“, also eine geschlechtergerechte Finanz- und Budgetpolitik, haben „Femme Fiscale“ in der Hosentaschenbuch-Reihe von „Wege aus der Krise“ jetzt vorgelegt – für alle, die Lust aufs Thema machen wollen, ein interessantes Werkzeug für die Bildungsarbeit suchen oder sich einfach selbst ganz grundsätzlich informieren wollen. In Folge die Einleitung zur neuen Publikation:

Was haben öffentliche Budgets mit Frauen und Gleichstellung zu tun? Eine ganze Menge.

Wer wie hoch besteuert wird und wofür Steuergelder ausgegeben werden, sind Entscheidungen, die Frauen und Männer betreffen. Ziehen eher Männer oder Frauen Nutzen aus den Ausgaben, die getätigt werden? Treffen etwaige Einsparungen tendenziell Männer oder Frauen? Profitieren von einer Steuerform eher Männer oder Frauen? Sind von einer Pensionsreform oder der Reform der Mindestsicherung vermehrt Frauen oder Männer betroffen? Wenn also die Abgeordneten des Nationalrats, des Landtags oder Mitglieder des Gemeinderats darüber entscheiden, wofür Geld ausgegeben wird und wer welche Steuern zu zahlen hat, dann werden immer auch Entscheidungen getroffen, die die Lebenssituation von Mädchen und Frauen betreffen und die Gleichstellung fördern oder erschweren. Öffentliche Budgets gehen also uns alle an. Sie sind in „Zahlen gegossene“ Politik. Mit diesem Büchlein möchten wir anhand von vier konkreten Beispielen aufzeigen, wie die Situation von Frauen und Mädchen verbessert werden kann, wenn öffentliche Ausgaben und Einnahmen so geplant werden, dass die Förderung von Gleichstellung für Frauen ein Entscheidungskriterium ist. Außerdem wollen wir dazu motivieren, dass sich Frauen vermehrt in der Budgetpolitik zu Wort melden. Denn: Geschlechtergerechtigkeit muss sein!



Femme Fiscale ist ein Netzwerk von ExpertInnen und AktivistInnen, die sich für eine geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzen ([facebook.com/FemmeFiscale](https://www.facebook.com/FemmeFiscale))

Fehlende Kinderbetreuung: Eltern verlieren Einkommen – Kinder Chancen

In der Elementarbildung gibt es zu wenige Plätze für Kleinkinder unter drei Jahren. Kindergärten gibt es zwar viele, sie schließen allerdings oft schon am frühen Nachmittag und haben häufig auch im Sommer lange zu. Deswegen können viele Eltern – vor allem Frauen – nur wenige Stunden oder gar nicht arbeiten. Dadurch verlieren Frauen Einkommen, berufliche Chancen und soziale Absicherung. Kinder müssen auf den Spaß und die professionelle Förderung, die in der Elementarbildung geboten wird, verzichten. Aber es mangelt nicht nur am flächendeckenden Angebot für alle Kinder, sondern auch an angemessener Bezahlung für alle Beschäftigten in der Elementarbildung.



Kinderbetreuung: Treibstoff für Chancengleichheit und Wirtschaft

Mehr Geld für Kindergärten heißt nicht nur bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf sowie erhöhte Chancengleichheit für Kinder. Investitionen in Kinderbetreuung schaffen auch Beschäftigung: bis 45.000 Menschen, vor allem Frauen, können einen Job bekommen, wenn die Lücken in der Elementarbildung geschlossen werden. Das freut auch die öffentliche Hand, denn mittelfristig kommt durch die Steuern und Abgaben der neuen Arbeitsplätze mehr Geld herein, als die Kinderbetreuung kostet. Im besten Fall bis zu 170 Mio. € im Jahr! Und auch die Wirtschaft profitiert, denn wer was verdient, kann auch was ausgeben – damit steigt die Nachfrage.

*tinyurl.com/wirtschaftlicheffekte

Begegnung in Gaming

Drei spannende Tage beim Treffen von Kirche und Gewerkschaft

Das allgegenwärtige Thema von Flucht und Migration, diesmal in Bezug zum Alltag im Betrieb, und wie man in Traiskirchen damit umgeht, waren zwei Schwerpunkte der 21. Sommerakademie von AK, ÖGB und KAB, die vom 22. bis 24. August 2016 im niederösterreichischen Gaming stattfand.



Beim ersten Tag beschäftigten sich ca. 45 TeilnehmerInnen mit Migration und Flucht im Arbeitsleben in regionalen Betrieben anhand folgender Fragen:

- Gibt es eine „Ausländerproblematik“ in den Betrieben?
- Wie läuft die Ausländerdebatte unter den ArbeiterInnen?
- Wie kommt es zum politische Trend nach rechts?
- Wie funktioniert die Begegnung zwischen den österreichischen ArbeitskollegInnen und ihren ausländischen KollegInnen?

Josef Steinböck von Umdasch betonte, dass in einer Firma, die globale arbeitet, im Angestelltenbereich der Umgang mit anderen Kulturen selbstverständlich wäre und es in dem Bereich kaum Probleme gäbe. Weiters fördert die Firmenleitung Integration durch eine eigene Organisation und es besteht eine grundsätzlich positive Stimmung unter den ca. 2.300 MitarbeiterInnen. Auch unter den ca.

1.000 ArbeiterInnen gibt es kaum Konkurrenz mit niedrig qualifizierten Ausländern. Primär gibt es bei 6 bis 7 % Probleme mit der Sprache. Allerdings finden heftige Diskussionen über Themen, die oft schon vorher in sozialen Medien präsent sind, statt. Die Hemmschwelle bei der Sprache sinkt und ist teilweise schon sehr niedrig. Auch die Einteilung von Ausländern zu schlechteren Arbeiten kommt immer wieder vor.

Kaum Fragen zum Thema

Christian Fußthaler von „ZKW Lichtsysteme GmbH“ berichtet von einem starken Anstieg der Beschäftigtenzahlen auf aktuell 2.800 MitarbeiterInnen. Viel Produktion wird in Handarbeit erledigt und der hohe Ausländeranteil kommt auch daher, dass es im Bezirk keine verfügbaren Arbeitskräfte mehr gibt. So gab es vor 5 Jahren eine beschäftigte Person aus Ungarn, heute sind es 86. Besonders hoch ist der Anteil beim Leihpersonal. Auch er bestätigte, dass es im Angestell-

tenbereich kaum Fragen zu dem Thema gäbe. Allerdings ist seine Erfahrung, dass sich wenige freuen, wenn viele Ausländer kommen. Ein Grund ist auch hier die Sprachbarriere oder unterschiedliche Interessen, wenn PendlerInnen aus Osteuropa eher bereit sind, Schichten an Wochenenden zu übernehmen. Für Betriebsräte ergeben sich wieder eigene Herausforderungen wie das fehlende Verständnis für Betriebsratsarbeit oder Gewerkschaften und er thematisierte die schwierige Abgrenzung von sachlicher Kritik und Ausländerfeindlichkeit. Im Arbeitsleben entstehen oft Freundschaften und Integration findet statt. Die Stellung der Frauen in Österreich muss jedenfalls akzeptiert werden. Egal ob als Vorgesetzte oder Kollegin.

Einfluss der Betriebsleitung

Gisela Zipfinger von Initial ergänzte aus der Sicht eines weiteren weltweiten Konzerns, dessen Belegschaft allerdings einen starken Personalabbau verkraften



Arbeiterkammerpräsident Markus Wieser und Kaplan Franz Sieder



Weihbischof Dr. Anton Leichtfried

musste und nach einem Sozialplan noch um die 75 Beschäftigte zählt. 50 % der ArbeiterInnen haben keine österreichische Staatsbürgerschaft. Auch hier war der Einfluss der Betriebsleitung auf die Stimmung stark, wobei es wegen Problemen in der Vergangenheit mit einer Gruppe aus einem bestimmten Land Vorbehalte gibt und aktuell kaum AusländerInnen aufgenommen werden. Das Angebot für einen Deutschkurs wurde sehr gut angenommen. Der Effekt war aber eher gering. Der Trend nach rechts und das tiefe Niveau der Flüchtlingsdebatte sind erschreckend. Bei Angehörigen von 15 Nationen im Betrieb sei keine großer Unterschied zwischen ArbeiterInnen und Angestellten zu erkennen. Hintergrund sind aber auch geringe Löhne um die 1.200 EUR bei Vollzeit, die die letzten Jahre auch unter der Inflation geblieben sind.

Wie Integration (nicht) geht

In der anschließenden Diskussion wurden viele Punkte gestreift und Beispiele gelungenere und weniger guter Integration gebracht: Das Beispiel eines Türken, der 1970 als Kind nach Österreich gekommen war, der einzige Türke im Ort war und rasch die Sprache annahm und „integriert wurde“ kam ebenso zu Sprache, wie Ängste vor Religion und Terror, Ärzte ohne ausreichende Sprachkenntnisse und die Bedeutung von Emotionen, denen nicht mit Argumenten beizukommen wäre. Ulrike Köngisberger-Ludwig (Abg. zum NR) betonte die Bedeutung der Sprache und der Bilder, die sie erzeugt, hinterfragt den Begriff der Integration und das gemeinsame Interesse an besseren Lebensbedingungen und Norbert Staudinger (ÖGB) betonte die Gefahr und Wirkung von Ausgrenzung: Wer Hofer-Wähler als

Nazis abstempelt bewirkt eher eine Verfestigung dieser Positionen.

Beispiel Traiskirchen

Ganz konkret wurde es am Nachmittag mit dem Referat von Andreas Babler Msc. (Bürgermeister von Traiskirchen): Die Diskussion über Flucht hängt letztendlich mit einem verkehrten Welthandels-/Machtsystem zusammen, das nicht auf Solidarität beruht. Globale Ernährung, Ressourcenverschwendung und Ökologie, Ausrichtung der EU, Finanz- und Wirtschaftskrisen tragen das ihre dazu bei. Die liberalen Gegenrezepte waren nicht geeignet, Abhilfe zu schaffen. Das Lager in Traiskirchen wurde 1956 als Provisorium für Ungarn-Flüchtlinge geschaffen und nimmt während Krisen und Kriegen immer viele Menschen auf. Einen Zusammenhang mit Wirtschaftsflüchtlingen kann er nicht erkennen. Das Lager ist für bis zu ca. 1.300 Menschen geeignet. Letztes Jahr waren 800 im Zeltlager, 1.500 im Lager und weitere 2.000 auf der Wiese. Der Vergleich mit anderen Zahlen (zB ca. 90.000 Flüchtlingen, 135 Mio. Nächtigungen, 2.200 Gemeinden in Österreich) relativiert das Bild.

Babler versucht die Flüchtlingsfrage aus der Mediendebatte herauszuhalten und fixe Quoten für Gemeinden, Valorisierung der Betreuungsgelder und Höchstzahl für einzelne Quartiere von 300 bis 400 Menschen (um der Anonymisierung entgegen zu wirken) durchzusetzen. „Nicht die Flüchtenden sind die Schlechten sondern das System ist schlecht.“ Wichtig waren Aktionen wie „Danke Traiskirchen“ mit bekannten KünstlerInnen, Proteste und Kontakte zu anderen Bürgermeistern entlang der Fluchtrouten. Wenig Unterstützung hat er seitens der Kirche wahrgenommen.

Integrationsprojekte wie „Urban gardening“ im „Garten der Begegnung“ (auch auf Facebook) und Kooperationen mit Schulen/Biologieunterricht und die Bevölkerung einzubeziehen (Produkte vermarkten, Spenden an Sozialmarkt – wo dann Flüchtlinge den Armen helfen) brachten weit mehr.

Kaplan Franz Sieder wurde im Beisein von AK-Präsident Markus Wieser, Weihbischof Dr. Anton Leichtfried und vielen anderen am Abend verabschiedet. Mit 78 Jahren ging er als Betriebsseelsorger in Pension. Am Dienstag wurde das Image der Marke „Kirche“ und „Gewerkschaft“ aus Sicht von VertreterInnen der jeweils anderen Seite in Arbeitsgruppen behandelt und im Anschluss mit Josef Muchitsch (Abg. zum NR, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz) und Philipp Kuhlmann (Vorsitzender Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich) diskutiert.

Der traditionelle Betriebsbesuch führte diesmal nach Gresten zur Firma „Welser Profile“ (www.welser.com), die auf eine über 350jährige Tradition blicken kann und heute sehr erfolgreich an mehreren Standorten in Österreich und Deutschland hochwertige Metallprofile produziert. Das Unternehmen ist international ausgerichtet und bekannte Probleme aus anderen internationalen Konzernen haben auch hier Einzug gehalten.

Mag. Georg Kovarik vermittelte am letzten Tag gewohnt verständlich die Merkmale des österreichischen Steuersystems im internationalen Vergleich und streifte viele aktuell relevante Themen wie Banken- und sonstige Krisen.

Philipp Kuhlmann

Positionen

Der Mensch im Mittelpunkt

Ich habe im April an einer Wochenendtagung teilgenommen, bei der es um die aktuelle Flüchtlingssituation ging und die bedarfsorientierte Mindestsicherung diskutiert wurde. Abschließend meinte einer der Veranstalter sinngemäß: „Politik muss sich am Menschen orientieren. Wenn die Menschen dort keine Rolle spielen, wird sie in die Irre gehen.“

Die KAB Wien hatte zwei Tage vor Redaktionsschluss ihren Diözesantrag, der regelmäßig alle vier Jahre tagt. (Ein Bericht folgt im nächsten ZeitZeichen.) Als Standortbestimmung haben wir im Vorfeld mit einigen Freunden und Kooperationspartnern gesprochen. Die Erwartungen an die KAB und die Bilder über die KAB sind vielfältig und geprägt von den jeweiligen Blickwinkeln. Einer findet die KAB zu spirituell und dem anderen ist sie zu links. Wie unterschiedlich die Vergangenheit bewertet und interpretiert wird, macht mich vorsichtig beim Beurteilen. Was im Nachhinein als falsch beurteilt wird, hat in der damaligen Situation vielleicht ganz schlüssig ausgehen. Bei allen notwendigen Diskussionen - ich freue mich, dass die Richtung der Diözesanleitung mit neuen Ansätzen auf Basis unserer Grundsatzpapiere und mit moralischer und inhaltlicher Unterstützung aus Rom dort bestätigt wurde.

Wenn ich die Diskussionen und Leserbriefe der letzten Ausgaben vom „ZeitZeichen“ rückblickend zusammenfasse, sehe ich, dass die Befürworter der Linie von Papst Franziskus schneller mit ihren Briefen waren. Die Kritik kam erst später. Auf Rückfragen gab es dann leider keine Antworten. Dazu passt auch ein Artikel, der kürzlich in der FAZ erschien: Martin Rhonmeier (Professor für Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom) verteidigt dort vehement den Kapitalismus, den es in der von ihm geschilderten Form aber kaum gibt. „Da der Kapitalist seinen Reichtum in weit geringerem Maße für den eigenen Konsum verwendet, als ihn produktiv zu investieren – auch Gewinne zum größten Teil reinvestiert...“ Welcher Kapitalist ist das? Wo gibt es den noch? Vielleicht trifft das auch kleine UnternehmerInnen zu. Bei großen börsennotierten Konzernen werden Gewinne überwiegend ausgeschüttet, manchmal ohne tatsächlich erwirtschaftet zu werden.

Er stellt auch fest, dass die „neuere katholische Soziallehre (...) Privateigentum für ein Problem (hält)“. Diese Neuheit ist über 2.000 Jahre alt, wie zahlreiche Stellen in der Bibel belegen (Berichte über die Gütergemeinschaft der



Philipp Kuhlmann
Vorsitzender der Katholischen
ArbeitnehmerInnen
Bewegung Österreich
philipp.kuhlmann@gmx.at

Urgemeinde, Forderungen nach Ausgleich in 2 Kor 8, etc.) Mich hat nicht überrascht, dass Herr Rhonmeier laut „Wikipedia“ Mitglied der „Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft“ ist. Irgendwie ist das dann einfach nur noch lächerlich: Da wird ohne Bezug zur Realität etwas konstruiert und für gut befunden. Zitate oder Belege zu Positionen oder Aussagen sucht man vergeblich...

Das Bild heute ist einfach komplizierter: Es geht eher um groß gegen klein, mächtig gegen machtlos. Die Trennlinien verlaufen heute anders. Ein Beispiel: Der kleine Einzelhändler mit einer Handvoll MitarbeiterInnen hat mit ArbeiterInnen mehr gemeinsame Interessen, als mit internationalen Konzernen. Von der Lohnsteuerreform, die AK und ÖGB durchgesetzt haben, profitiert er genauso wie die Arbeiterin. Seine Interessensvertretung hat dazu aber kaum etwas beigetragen. Die setzt sich lieber (Beispiel Wien mit dem Präsidenten Walter Ruck) für Sonntagsöffnung ein, die von den meisten kleinen Handelsbetrieben abgelehnt wird.

Alte Strukturen funktionieren nicht mehr. Neues, wie es zum Beispiel die KAB in Kärnten macht (zB „Kost-Nix-Laden Friesach“, „Essbare Stadt Friesach“, „Lebensmittel retten & teilen“ (Foodsharing), etc.), ist im Entstehen. Alternative Wirtschaftsformen und Initiativen auf Basis der Katholischen Soziallehre sind eine Form der KAB-Arbeit heute. Es gibt weitere Antworten, wie die „Bank für Gemeinwohl“, die sogar eine Prinzip der Soziallehre im Namen trägt. Es gibt viele Antworten auf die Fragen unserer Tage und auch diese werden in einer veränderten Situation neu gefunden werden müssen. So bunt ist KAB-Arbeit heute. Kerninhalte bleiben, Strukturen müssen sich anpassen. Das ist aber auch nichts Neues, wie wir bei den Propheten Jesaja bereits vor ca. 2.700 Jahren lesen konnten: „Seht her, nun mache ich etwas Neues. Schon kommt es zum Vorschein, merkt ihr es nicht? Ja, ich lege einen Weg an durch die Steppe und Straßen durch die Wüste.“ Machen wir mit, beim Aufbau von etwas Neuem. Rücken wir den Mensch im Mittelpunkt einer Wirtschaft die dem Menschen dient. Wir, als KAB, sind heute wie vor Jahrzehnten gefordert, die Ideen der Katholischen Soziallehre, wie sie in Enzykliken und dem Sozialwort der Kirchen Österreichs weiter verdeutlicht sind, in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen und das ist immer wieder nötig - für die Menschen.

Philipp Kuhlmann

Positionen

Nicht jede/r kann Olympiasieger werden

Glücklich wähten sich die 71 TeilnehmerInnen der österreichischen Mannschaft der olympischen Sommerspiele 2016 in Rio bei ihrer Rückkehr in Wien Ende August, schließlich hatten wir im Nagra-17 Segeln mit Thomas Zajak und Tanja Frank Bronze errungen und scheinen damit zumindest an drittletzter Stell auf. Schlechter waren wir 1964 in Tokio und 2012 in London, wo wir mit Null – Erfolg wieder nach Hause fahren mussten.

11.458 AthletInnen stellten heuer ihre Kräfte und ihr Können in der Zeit vom 5. bis 21. August unter Beweis. Permanentes Training sowie Ausdauer, Verzicht und sportliche Höchstleistung im Vorfeld waren unverzichtbare Voraussetzungen, um eine der 974 möglichen Medaillen zu erringen. Und ich bin überzeugt, unsere 71 TeilnehmerInnen setzten alles daran, sich selbst und Österreich nicht zu enttäuschen.

974 Medaillen für 28 Sportarten und 48 Einzeldisziplinen wurden vergeben – die würden nicht einmal für 10% aller Teilnehmer reichen!

Ähnlich verhält es sich am österreichischen Arbeitsmarkt. 329.862 vorgemerkte arbeitslose Personen standen

vergangenen August 43.120 gemeldeten offenen Stellen gegenüber. „Wer arbeiten will, der bekommt eine Arbeit“, so lauten Stammtischparolen. Im Gegensatz zum olympischen Motto „Dabei sein ist alles“ bedeutet „nicht arbeiten können“ Existenzangst, Ausgrenzung, von der Gesellschaft gemieden werden. Da helfen auch keine, seitens einiger PolitikerInnen propagierte, Anspornungsmaßnahmen wie Erhöhung der zumutbaren Wegzeit von und zum Arbeitsplatz bzw. Deckelung der Mindestsicherung. Wem nützen diese Maßnahmen, wenn nur 10% der Arbeitslosen ein Job angeboten werden kann?

Auch wenn 90% aller weltweiten TeilnehmerInnen der heurigen Olympiade ohne Medaille heimkehren mussten – sie brauchen sich um ihre Zukunft sicher keine Sorgen zu machen. Sorgen machen die immer weniger werdenden Stellenangebote, denn davon hängen nicht nur steuerliche Einnahmen für den Staat ab, sondern auch das Menschsein an sich. Denn unverzichtbarer Bestandteil des Menschseins ist die Entfaltungsmöglichkeit von Talenten und Fähigkeiten - auch am Arbeitsplatz.

Fritz Krull

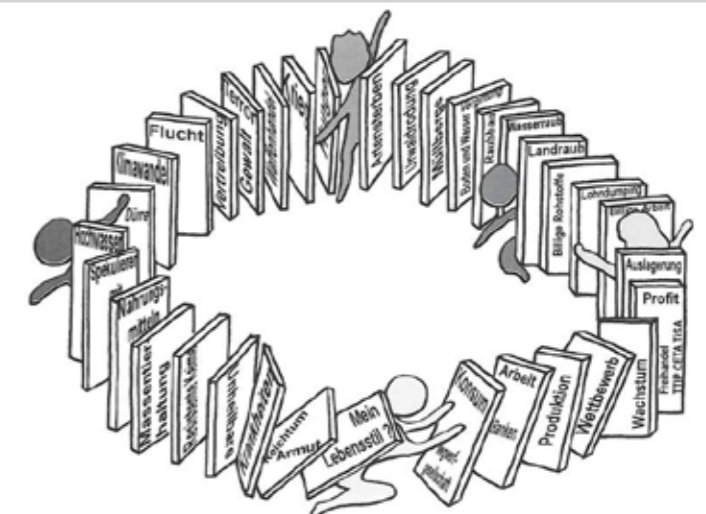


Fritz Krull
KABÖ Bundesseelsorger

Zur Wandzeitung auf den Seiten 10 und 11

Die auf den folgenden beiden Seiten präsentierte neue KABÖ-Wandzeitung „Laudato si“ Format A3 kann im KABÖ-Bundesbüro, zum Selbstkostenpreis von EUR 0,50/Stück incl. Versandkosten, telefonisch 01/515 52-3350 oder per eMail kab.office@kaoe.at bestellt werden. Ebenso steht die Wandzeitung auf der KABÖ-Website zum kostenlosen Download zur Verfügung.

<http://www.kaboe.at/site/oesterreich/medienmaterialien/wandzeitung>



**7,5 Milliarden Lebensentwürfe -
Wir alle hängen mit allen zusammen!**

Grafik: Margit Savernik

Die ökologische Umkehr

Die Berufung, Beschützer des Werkes Gottes zu sein, praktisch umzusetzen gehört wesentlich zu einem tugendhaften Leben; sie ist nicht etwas Fakultatives, noch ein sekundärer Aspekt der christlichen Erfahrung. (217)

Die ökologische Umkehr, die gefordert ist um eine Dynamik nachhaltiger Veränderung zu schaffen, ist auch eine gemeinschaftliche Umkehr. (219)

Klima Nachhaltigkeit, Ressourcen

Umweltverschmutzung und Klimawandel

Die Menschheit ist aufgerufen, sich der Notwendigkeit bewusst zu werden, Änderungen im Leben, in der Produktion und im Konsum vorzunehmen, um diese Erwärmung oder zumindest die menschlichen Ursachen, die sie hervorrufen und verschärfen, zu bekämpfen. (23)

Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialökologie

Die Wege zur Lösung erfordern einen ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern. (139)

Wirtschaft

Wie wirtschaften wir?
Wie handeln wir? TTIP, CETA,
Alternatives Handelsmandat

Politik und Wirtschaft im Dialog für die volle menschliche Entfaltung

Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen, und diese darf sich nicht dem Diktat und dem effizienzorientierten Paradigma der Technokratie unterwerfen. Im Hinblick auf das Gemeinwohl besteht für uns heute die dringende Notwendigkeit, dass Politik und Wirtschaft sich im Dialog entschieden in den Dienst des Lebens stellen, besonders in den des menschlichen Lebens. (189)

Es genügt nicht, die Pflege der Natur mit dem finanziellen Ertrag oder die Bewahrung der Umwelt mit dem Fortschritt in einem Mittelweg zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang sind die Mittelwege nur eine kleine Verzögerung des Zusammenbruchs. Es geht schlicht darum, den Fortschritt neu zu definieren. (194)

Ungleichverteilung Arm – Reich

Weltweite soziale Ungerechtigkeit

Die soziale Ungerechtigkeit geht nicht nur Einzelne an, sondern ganze Länder, und zwingt dazu, an eine Ethik der internationalen Beziehungen zu denken. (51)



Papst Franziskus LAUDATO SI'

Die Notwendigkeit, Arbeit zu schützen

Seit unserer Erschaffung sind wir zur Arbeit berufen. Man darf nicht danach trachten, dass der technologische Fortschritt immer mehr die menschliche Arbeit verdränge, womit die Menschheit sich selbst schädigen würde. (...) Den Armen mit Geld zu helfen muss in diesem Sinn immer eine provisorische Lösung sein, um den Dringlichkeiten abzuweichen. Das große Ziel muss immer sein, ihnen mittels Arbeit ein würdiges Leben zu ermöglichen. (128)

Flucht und Migration

Das Klima als gemeinsames Gut

Der Klimawandel ist ein globales Problem mit schwerwiegenden Umwelt-Aspekten und ernstesten sozialen, wirtschaftlichen, distributiven und politischen Dimensionen; er stellt eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen an die Menschheit dar. (25)

Auf einen anderen Lebensstil setzen

Eine Änderung der Lebensstile könnte dazu führen, einen heilsamen Druck auf diejenigen auszuüben, die politische, wirtschaftliche und soziale Macht besitzen. Das ist es, was die Verbraucherbewegungen erreichen, die durch den Boykott gewisser Produkte auf das Verhalten der Unternehmen ändernd einwirken und sie zwingen, die Umweltbelastung und die Produktionsmuster zu überdenken. (206)

Arbeit

Wie arbeiten wir?
Tätigkeitsgesellschaft, Arbeits-
zeitverkürzung, Gute Arbeit
(nachhaltig, ökologisch, etc.)

Sakramentale Zeichen und die Feiertagsruhe

Die Ruhe ist eine Ausweitung des Blickfeldes, die erlaubt, wieder die Rechte der anderen zu erkennen. So strahlt der Tag der Ruhe, dessen Mittelpunkt die Eucharistie ist, sein Licht über die ganze Woche aus und motiviert uns, uns die Sorge für die Natur und die Armen zu Eigen zu machen. (237)

Miteinander im Nähcafé

Solidarökonomie und interkultureller Austausch

„Nähcafé – Lernbegleitung – Konversation“ – auf diesen drei Säulen steht ein Projekt in Amstetten, das den interkulturellen Austausch mit praktischem Tun verbindet und als Beispiel für eine solidarökonomische Initiative gelten darf. Die Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung der Diözese St. Pölten trägt das Projekt mit. Ein Erfahrungsbericht von Eva Maria Burghofer, Mitbegründerin der Initiative.



Foto: KAB St. Pölten

Wie alles begann? In Amstetten gibt es seit 25 Jahren ein kleines Team um Gerhard Steinkeller, das sich schon seit langem mit Themen wie Flucht, Integration, Globalisierung, gerechtes Wirtschaften usw. beschäftigt. Dazu werden auch immer wieder Filme gezeigt. Vor etwa drei Jahren entstand dann die Idee, in Amstetten einmal im Monat einen „Multikulti-Stammtisch“ zu initiieren. Ein Lokal war bald gefunden, auch die Gemeindevertretung wurde dazu eingeladen und das Angebot auch gut angenommen. Besucht wurde der Stammtisch anfangs vor allem von MigrantInnen, die schon lange in Amstetten leben. Auch wir von der KAB beschlossen, im Zuge unseres „Erneuerungsprozesses, indem wir und zu dieser Zeit gerade befanden, uns hier zu vernetzen“. Und bei diesen multikulturellen Stammtischen entstand unter den BesucherInnen die Idee, gemeinsam ein Projekt zu entwickeln, das einerseits praktische

Fähigkeiten vermittelt, andererseits den interkulturellen Austausch zwischen einheimischen und zugewanderten Frauen fördert. Vor allem tschetschenische Frauen zeigten großes Interesse am Zustandekommen des Projektes.

Eine Bereicherung für Amstetten

Es wurde ein Projekt entwickelt, das auf drei Säulen aufgebaut ist. Nähcafé – Lernbegleitung – Konversation auf ehrenamtlicher Basis. Während die Konversation nur schleppend anließ, kaum besucht wurde und aus diesem Grund bald wieder eingestellt wurde, haben sich die beiden Bereiche Lernbegleitung und Nähcafé sehr gut entwickelt und sind inzwischen eine anerkannte, wichtige und nicht mehr wegzudenkende Einrichtung in Amstetten geworden.

Nähcafé bereits im dritten Jahr

Im September 2014 startete das Nähcafé. An den ersten 6 Abenden erlernten inte-

ressierte Frauen unter der Leitung von Eva Maria Burghofer, die schon viele andere Nähkurse leitete, und Christine Weninger, Vorstandsmitglied der KAB St. Pölten, den Umgang mit der Nähmaschine: wie man Kleider umändert, alte Stücke modisch aufpeppt, repariert. Es können aber auch neue Kleidungsstücke hergestellt werden. Dabei geht es vor allem darum, selbst etwas zu produzieren und damit den Selbstwert der Frauen zu stärken. Inzwischen beginnen wir das dritte Jahr mit unserem Nähcafé. Viel hat sich seither verändert. Wir treffen uns nun jede Woche Mittwoch von 8.00 Uhr bis 11.00 Uhr. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Frauen leichter kommen können, wenn die Kinder in Schule oder Kindergarten sind. Kleinere Kinder werden mitgebracht.

Breite Unterstützung durch Institutionen und Gemeinde

Der Verein SüdFilmfest hat Nähmaschinen angekauft. Nähzubehör und Stoffe

werden meistens gespendet, da die finanziellen Mittel der Frauen sehr begrenzt sind. Das Projekt kann dank der Hilfe durch die Stadtgemeinde Amstetten, des Integrationservice der NÖ Landesakademie sowie dem Österreichischen Integrationsfonds realisiert und finanziert werden.

Weitere Ehrenamtliche gesucht

Sehr wichtig und gar nicht einfach ist es, ehrenamtliche „Schneiderinnen“ für die vielen Vormittage zu finden, die einerseits das nötige Know-how für's Nähen, gleichzeitig aber auch die soziale Kompetenz haben um in einer wertschätzenden und freundschaftlichen Art auf die Frauen zuzugehen.

Die Nähcafé-Koordinatorin Kim Moser, eine aus Südafrika stammende Amstett-

nerin, freut sich über den großen Erfolg dieses Projektes: „Unsere TeilnehmerInnen kommen aus Tschetschenien, Syrien, dem Irak, Rumänien, Afrika, dem Kosovo, aus der Türkei und aus Pakistan.“

Als Mensch und Frau angenommen

Das Nähcafé ist ein Ort, an dem Frauen Erfahrungen austauschen, aber auch einfach nur da sein können. Die Sprache spielt hier nicht so eine große Rolle. „Frauen verstehen sich immer“ meint Kim lachend. Und auch Tamara Shapiova ist dieser Ansicht. Die heute 65-Jährige kam vor 7 Jahren aus Tschetschenien. „Es war nicht leicht, hier fühle ich mich als Mensch und Frau angenommen, lerne auch Österreicherinnen kennen, kann Fragen stellen, aber auch von zu Hause, von meiner

Kultur und von meinem „früheren“ Leben erzählen.“

Nachahmung empfehlenswert

Auch die einheimischen Frauen erleben diese Begegnungen als sehr bereichernd, positiv, und lehrreich. Es herrscht eine sehr angenehme, entspannte und ruhige Atmosphäre, in der sich alle sehr wohl fühlen.

Besonders beeindruckend ist auch immer, mit wieviel Würde und Geduld diese Frauen ihr oft schweres Schicksal meistern. Nachahmung unbedingt empfehlenswert!

Eva Maria Burghofer,
KAB Diözese St. Pölten

„Roter Kaplan“ im Ruhestand

Franz Sieder, im Mostviertel und weit darüber hinaus als „roter Kaplan“ bekannter Betriebsseelsorger, ist nach 40 Jahren Einsatz in der Betriebsseelsorge in den Ruhestand verabschiedet worden. Der 77-Jährige war unter anderem am Aufbau von Pax Christi Österreich beteiligt.



Foto: Wolfgang Zeitl

ArbeitnehmerInnen-Bewegung Niederösterreich.

Ein „Türöffner und Brückenbauer“

Einige der Predigten und Reden Sieders zu sozialer Gerechtigkeit aus der Sicht des christlichen Glaubens sind in den zwei Bänden „Gegen den Strom“ gesammelt. Der St. Pöltner Weihbischof Anton Leichtfried bezeichnete Sieder bei der Abschiedsfeier anlässlich der Sommerakademie in Gaming als „Anwalt für die Würde eines jeden Menschen“. Er sei gerade dort viel unterwegs, wo die Kirche sehr wenig präsent sei und somit ein wichtiger Türöffner und Brückenbauer.

Markus Wieser, Präsident der Arbeiterkammer Niederösterreich, schätzt seine „Kumpelhaftigkeit und Kollegialität“ und lobte bei der Feier in Gaming den Einsatz Sieders für andere, beispielsweise in den Fragen der Verteilung oder der Gerechtigkeit.

In einer Aussendung der Diözese St. Pölten wird der 77-Jährige auch als „Unikat“ bezeichnet. „Markenzeichen“ ist seine rote Vespa, am Bahnhof in Amstetten brachte er immer wieder handgeschriebene Plakate mit sozialkritischen Botschaften an. Friede sei ihm ein zentrales Bedürfnis, dies predigt er etwa bei den jährlichen Friedensgottesdiensten im Wiener Stephansdom.

Durch Handeln zum Glauben führen

Sieder berichtete bei seiner Verabschiedung, wie fasziniert er von den französischen Arbeiterpriestern gewesen sei, davon habe es zeitweise mehr als 1.000 gegeben. Sie wollten die Botschaft des Evangeliums nicht durch Worte, sondern durch Handeln zu den Arbeiterinnen und Arbeitern bringen.

Gerade ArbeiterInnenpriester müssten glaubwürdig sein, so Sieder. In ihrer Arbeit gehen sie vom Alltagsleben der ArbeiterInnen aus und wirken praktisch. Besonders inspirierend sei für ihn der belgische Kardinal Joseph Leon Cardijn (1882-1967) gewesen, so Sieder. Sieder erinnerte an die Aussage Cardijns: „Jeder junge Arbeiter ist mehr wert als alles Gold der Erde!“ Sieder arbeitete selbst auch in zahlreichen Betrieben mit: in einer Wäscherei, bei den Böhlerwerken oder in einem großen Hühnermastbetrieb.

ORF/ZeitZeichen (s. auch Interview mit Franz Sieder in ZeitZeichen Nr. 2/2015)



Die Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung Österreichs wünscht Franz Sieder Gottes Segen und noch viel produktive „Unruhe“ im Ruhestand!

Plädoyer für eine andere Wirtschaft

Internationale Sommerakademie der KAB-Frauen

Unter dem Titel „Solidarische Ökonomie – anders wirtschaften in Europa“ fand in der Zeit vom 28. August bis 3. September 2016 in Linz, Österreich, die 8. Internationale Sommerakademie der KAB statt. 32 Teilnehmende aus sechs europäischen Ländern (Deutschland, Italien, Österreich, Polen, Portugal und der Schweiz) diskutierten und entwickelten Perspektiven für eine andere Wirtschaft jenseits der vorherrschenden Wachstums-Ideologie. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA) durchgeführt sowie unterstützt von der Europäischen Gemeinschaft.

Alternative Ökonomien standen im Focus des Seminars. Analysiert wurden die Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Umweltkrise und der Zunahme sozialer Verwerfungen in Europa einerseits und andererseits wurden alternative Wirtschaftsmodelle betrachtet und ihre Praxisrelevanz ausgelotet.

schaftlerin präsentierte konkrete Projekte zur Solidarischen Ökonomie wie u.a. ein Wohnprojekt, eine Wassergenossenschaft oder eine Reparaturwerkstatt. Eine Exkursion zur Urbanfarm verdeutlichte, dass eine solidarische Ökonomie erfolgreich funktionieren kann. Die erarbeiteten In-

halte wurden von den teilnehmenden Frauen kreativ präsentiert und in Collagen visualisiert. Eine Publikation der Ergebnisse erscheint im Herbst.

Mechthild Hartmann-Schäfers
KAB Deutschlands



„Diese Wirtschaft tötet“ – diese aufrüttelnde Aussage von Papst Franziskus stellte den Ausgangspunkt des Seminars dar. Fakten zur globalen Klima- und Ressourcenkrise und zur sozialen Spaltung verdeutlichten, dass es dringend an der Zeit ist, nach alternativen Wirtschaftsformen zu suchen. Dass eine andere notwendige Ökonomie möglich ist, stellte Frau Dr.in Eva Fleischer, MCI Innsbruck, in ihrem Referat zu alternativen Modellen des Wirtschaftens vor. Sie stellte die Ansätze der Green Economy ebenso vor wie die Zukunftsentwürfe der Gemeinwohlökonomie und der Postwachstumsökonomie. Frau Mag.a Sabine Gruber, Sozialwissen-



Die österreichischen Teilnehmerinnen
v.l.n.r: Margit Savernik, Christine Weninger, Ulrike Immervoll, Elisabeth Zarzer, Barbara Holzer, Margarete Bliem, Maria Etl

KatholikInnen sagen Nein zu CETA und TTIP

Großdemos gegen CETA und TTIP mit kirchlichen Organisationen

Das Bündnis „TTIP Stoppen“ wird in seinem Nein zu den geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA auch von großen Teilen der Katholischen Aktion unterstützt. Beim Aktionstag gegen CETA und TTIP in Wien am 17. September kritisierte die Vertreterin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, Traude Novy, dass in den Freihandelsabkommen „kein Geist der Solidarität“ sichtbar werde, es vielmehr ausschließlich um die Optimierung von Bedingungen für Investoren gehe.

Mit mehreren großen Demonstrationen hat ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt- und Entwicklungshilfe-Verbänden sowie kirchlichen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen am 17. September für eine Neuverhandlung der geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) sowie der EU und den USA (TTIP) protestiert. Bei dem Aktionstag gegen die umstrittenen beiden Handelsverträge gingen in fünf österreichischen und sieben deutschen

Städten nach Polizeiangaben insgesamt rund 150.000, laut Veranstalter bis zu 350.000 Menschen auf die Straße. In Österreich werden die Proteste u.a. von großen Teilen der Katholischen Aktion, darunter die Katholische Frauenbewegung, die Katholische Jugend und die Katholische Arbeitnehmerbewegung, unterstützt.

Kfbö-Vertreterin Traude Novy
am Podium

In Wien zogen Tausende Kundgebungs- teilnehmer vom Karlsplatz über den Ring zum Parlament. Unter den zahlreichen RednerInnen bei dem Aktionstag, zu dem das Bündnis „TTIP Stoppen“ aufgerufen hatte, war auch die ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Österreichs (kfbö), Traude Novy. Wirtschaft und Politik müssten den Menschen dienen - und zwar vorrangig den Ärmsten und Schwachen, zitierte Novy Papst Franziskus in ihrer kurzen Ansprache an die Kundgebungs- teilnehmerInnen. „Diesen ‚Geist der Solidarität‘ sucht man allerdings in den Freihandelsabkommen vergebens. Es geht nur um optimale Bedingungen für Investoren“, kritisierte die kfbö-Vertreterin.

Gutes Leben für alle, nicht nur für Investoren

„Im Zentrum meiner christlichen Hoffnung steht das Streben nach einem guten Leben für alle Menschen“, sagte Novy. Sie lehne es deshalb ab, dass die Qualität von Lebensmittelerzeugung, Gesundheitsvorsorge, Bildungseinrichtungen oder Sozialer Vorsorge optimalen Bedingungen für Investoren geopfert werde. Bereits jetzt sei die Lage in vielen dieser Bereiche „prekär“, und von weiteren Verschlechterungen wären vor allem auch Frauen massiv betroffen, warnte Novy.

Widerstand auch seitens Österreich

Im Fokus stand am Aktionstag vor allem das CETA-Abkommen zwischen EU und Kanada, das bereits ausverhandelt und auf der Zielgeraden ist. Der Handelsvertrag soll Ende Oktober im Rahmen eines EU-Kanada-Gipfels in Brüssel unterzeichnet werden. Während ein Dutzend EU-Staaten öffentlich Druck machen, das Abkommen CETA rasch abzuschließen, gibt es vor allem in Österreich, Deutschland und Frankreich Widerstand dagegen.

ArbeitnehmerInnenrechte auf dem Spiel

Dabei geht es den meisten KritikerInnen nicht um eine generelle Ablehnung des Freihandels. Ein klares Nein gibt es von ihnen aber für die CETA-Verhandlungsergebnisse. Sie fürchten etwa um ArbeitnehmerInnenrechte und andere Sozialstandards sowie den Verbraucher- und Umweltschutz. Das Bündnis „TTIP Stoppen“ warnt, dass die Risiken des Abkommens das von Experten in Folge der geplanten Handelsvereinfachungen prognostizierte Wirtschaftswachstum bei weitem übersteige. TTIP und CETA „gehen auf Kosten von Menschen, Natur und Umwelt und höhnen die Demokratie aus“, so die KritikerInnen.



Miteinander statt nebeneinander

Für Integration ist es nie zu spät

Beim Begriff „Integration“ denken die meisten wohl an Zuwanderung und Flüchtlinge und daran, wie Menschen, die länger oder dauerhaft bei uns leben wollen, gut in die Gesellschaft aufgenommen werden können. Integration umfasst aber viele Bereiche unserer Gesellschaft. Verständigung braucht es zwischen Jung und Alt, In- und AusländerInnen, Ortsansässigen und Zugezogenen, Arm und Reich, Leuten im Zentrum der Gesellschaft und jenen am Rand etc. Die Nagelprobe, ob Integration gelingt, spielt sich an vielen Integrations-Orten des täglichen Lebens ab: ua. in Kindergärten, Schulen, Wohnsiedlungen, Arbeitsstätten, Kultur- und Freizeiteinrichtungen.



Erich Hohl

Nicht nebeneinander, sondern miteinander leben muss die Devise sein. Es gilt 1,5 Millionen BürgerInnen mit Migrationshintergrund ein möglichst gutes Zusammenleben mit 6,5 Millionen anderen ÖsterreicherInnen zu ermöglichen. Dazu sind eine Versachlichung der Debatte und das konsequente Abbauen von Vorurteilen notwendig. Integration ist ein langfristiger und Um-

fassender Prozess: Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein wichtiger Schlüssel zur Integration von MigrantInnen. Ebenso essentiell sind die Wohnversorgung und die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten.

Es gibt viele engagierte Einzelmaßnahmen, die pilothaft zeigen, wie Integration gelingen kann. Die Politik ist gefordert, diese erfolgreichen Projekte in ein Gesamtkonzept zu gießen.

Herausforderungen im Alltag.

Überall dort, wo Menschen zusammen leben, arbeiten, lernen, wohnen und ihre Freizeit verbringen, offenbaren sich die Herausforderungen und Reibungspunkte des alltäglichen Miteinanders. In einer Gesellschaft, die sich durch Globalisierung, europäische Öffnung, Migration und Individualisierung in ständiger Veränderung befindet, fühlen sich Menschen oftmals ihrer Heimat nicht mehr ganz sicher. Mit viel Phantasie und viel Geduld müssen gangbare Wege des gelingenden Zusammenlebens gesucht werden. Jegliche Ghettobildung und alle Formen von Parallelgesellschaften, wie wir sie aus manchen Großstätten kennen, muss vermieden

werden. Die Katholische Kirche mit ihren Einrichtungen und dem Netz der Pfarren engagiert sich diesbezüglich sehr.

Integration als Chance

Integrationsarbeit wird dann erfolgreich sein, wenn sie Brücken baut, nicht Gräben aushebt. Integration ist harte Arbeit und setzt das aufeinander Zugehen voraus. Integration soll nicht nur als Problemstellung gesehen werden, es soll auch auf Chancen geachtet werden. Im Mittelpunkt steht die Würde jedes Menschen. Das Zusammenleben in Vielfalt ist eine „Überlebensfrage“ für unsere heutige globalisierte Gesellschaft geworden. Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein wechselseitiger Prozess, der gegenseitigen Respekt verlangt.

Integration beginnt im Kleinen, beim Wahrnehmen der Mitmenschen. Mit Integration kann man nicht zu früh beginnen, mit Integration kann man aber auch immer anfangen – für Integration es ist nie zu spät.

Erich Hohl

Generalsekretär der Katholischen Aktion Steiermark und Integrationsbeauftragter der Katholischen Kirche Steiermark

Schweiz-Reise mit historischem Hintergrund

Die Schweiz war Ende August das Ziel der diesjährigen KAB-Reise, bei der auf den Spuren von Wallfahrern, Mönchen und Einsiedlern auf in ökumenischer Gesinnung das nicht unblutige Reformationsgeschehen bei den Eidgenossen in Erinnerung gerufen wurde. So konnten die TeilnehmerInnen der Gemeinschaftsreise nicht nur die von der Reichenau ausgehende Kulturarbeit der Mönche etwa in St. Gallen oder in der bedeutendsten Wallfahrtstätte Einsiedeln in Augenschein nehmen: Am Sarner See lernten wir die Lebensstationen des Schweizer Friedens-Stifters Nikolaus von der Flüe kennen, in Konstanz standen wir vor dem damaligen Konzils-Gebäude, wo Jan Hus zur Flammentod verurteilt wurde, in Zürich betraten wir mit dem Grossmünster und der Amt-Stube von Ulrich Zwingli historischen Boden, wo das in vielen Punkten berechnete Reformbemühen im 16. Jh. in tragischer Kirchenspaltung endete.



Johannes Labner

Anmerkung zu einem überlangen Wahlkampf

Leben wir ÖsterreicherInnen wirklich in einer „Bananen-Republik“, wie uns einige Kommentatoren nach dem Stimmkarten-Desaster für die bevorstehende Bundespräsidentenwahl einreden wollen? Gewiss – diese Klebstoff-Panne trägt neben der ohnehin umstrittenen Wiederholung der Wahl nicht zum Ansehen unseres Landes bei – aber unter „Bananen-Republik“ verstehe ich wirklich etwas anderes... Wenn man weltweit auf das politische Geschehen hinsieht, wie mancherorts geschummelt und geschoben wird, Kandidaten zur Wahl nicht zugelassen werden, Parteien vorweg verboten werden, usw., dann sollten wir uns eigentlich – was die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie betrifft – nicht verunsichern und als Bewohner einer Bananen-Republik beschimpfen lassen. Überhaupt ist meiner Meinung nach mit derartigen Überspitzungen und überzogenen Anmerkungen niemand gedient. Wenn beispielsweise – wie kürzlich im Salzburgerischen gesehen – Hofer-Wahlplakate zu Hitler-Darstellungen umfunk-



Johannes Labner

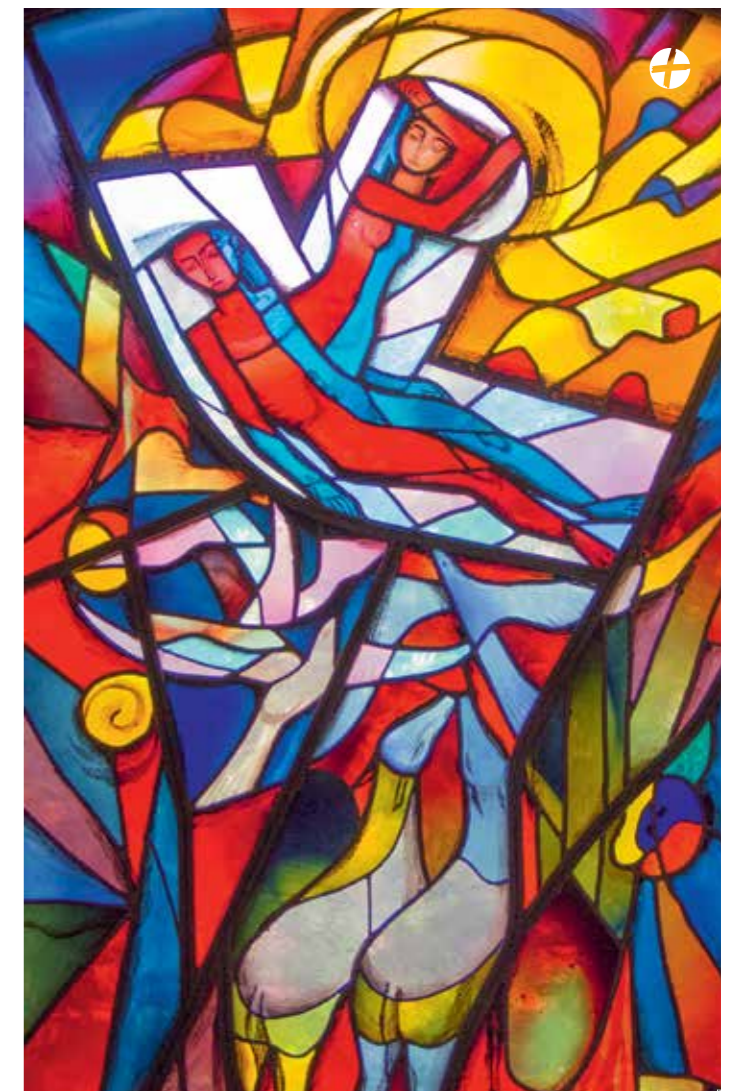
tioniert werden, so mag das vielleicht einigen Heißspornen als gelungene Wahlkampf-Aktion vorkommen. Eine sachliche Auseinandersetzung mit den „Blauen“ und ihren politischen Positionen würde dem Gegenkandidaten Van der Bellen wahrscheinlich aber mehr Stimmen sichern... Überzogene Emotionalität tut weder dem Wahlwerber noch uns als Wahlvolk gut.

Bei aller Wertschätzung für das Amt des Bundespräsidenten sollten wir auch die von der Verfassung vorgesehenen Rahmenbedingungen nicht aus dem Auge verlieren. Die politische Gestaltungskraft im Land liegt doch in erster Linie bei der Regierung und dem vom Volk gewählten Mandatären im Nationalrat. Man soll die meist repräsentative Rolle eines Bundespräsidenten in der 2. Republik daher nicht überbewerten. Ja, ich würde sagen, man könnte über den Wahlmodus für dieses Spitzenamt im Staat in Zeiten der notwendigen Verwaltungsreformen nach diesem kostspieligen Wahlgang grundsätzlicher nachdenken und einfachere Regelungen für die Zukunft erarbeiten. Die „kaiserlichen“ Zeiten sind ohnehin vorbei und auch unsere Nachbarstaaten Schweiz und Deutschland zeigen, dass der höchste Mann (die Frau) im Staat mit wesentlich weniger Aufwand seinen (ihren) notariellen Dienst an der staatlichen Gemeinschaft erfüllen kann...

Johannes Labner

Allmächtiger Gott,
der du in der Weite des Alls gegenwärtig bist
und im kleinsten deiner Geschöpfe,
der du alles, was existiert,
mit deiner Zärtlichkeit umschließt,
gieße uns die Kraft deiner Liebe ein,
damit wir das Leben und die Schönheit hüten.
Überflute uns mit Frieden,
damit wir als Brüder und Schwestern leben
und niemandem schaden.
Gott der Armen, hilf uns,
die Verlassenen und Vergessenen dieser Erde,
die so wertvoll sind in deinen Augen, zu retten.
Heile unser Leben, damit wir Beschützer der Welt sind
und nicht Räuber, damit wir Schönheit säen
und nicht Verseuchung und Zerstörung.
Rühre die Herzen derer an, die nur Gewinn suchen
auf Kosten der Armen und der Erde.
Lehre uns, den Wert von allen Dingen zu entdecken
und voll Bewunderung zu betrachten;
zu erkennen, dass wir zutiefst verbunden sind
mit allen Geschöpfen
auf unserem Weg zu deinem unendlichen Licht.
Danke, dass du alle Tage bei uns bist.
Ermutige uns bitte in unserem Kampf
für Gerechtigkeit, Liebe und Frieden.
Amen.

Ein Gebet von Papst Franziskus aus seiner Enzyklika „Laudato si“ (2015), das von allen gebetet werden kann, die an einen Gott glauben.



Eine lange Nacht für den Sonntag...

Die Wiener Allianz für den arbeitsfreien Sonntag in Aktion

Bei der Langen Nacht der Kirchen am 10.6. war die Wiener Allianz für den arbeitsfreien Sonntag mit VertreterInnen von GPA-djp, KAB, Familienverband und ksoe wieder im erzbischöflichen Palais präsent. Als Träger der Botschaft dienten diesmal auch fünf Schaufensterpuppen, die Frauen und Männer darstellten, die am Sonntag frei haben oder arbeiten müssen. Mit Kommentaren auf Sprechblasen wurden die BesucherInnen vom Eingangstor zum Informationsstand geleitet. Wie jedes Jahr gab es einige kontroversielle und gute Gespräche über die Bedeutung des arbeitsfreien Sonntags.

...und ein Wochenende am Volksstimmefest

Tradition hat auch schon die Aktion der Allianz beim Volksstimmefest der KPÖ. Auf freundschaftliche Einladung des GLB (gewerkschaftlicher Linksblock) hat die Al-

lianz einen Platz im „Zentrum Arbeitswelt“. Das Fest ist nicht nur wegen seines angenehmen familiären Charakters besonders, sondern auch, weil man überdurchschnitt-

lich viele politisch interessierte Menschen trifft und sich teilweise spannende Diskussionen ergeben.

Philipp Kuhlmann



Foto: Philipp Kuhlmann



Foto: Philipp Kuhlmann



Ernst Pöschl,
Geistlicher Assistent
der KAB-Burgenland

Positionen

Als Anfänger habe ich mir auf meinem Navigationsgerät einige Tage zuvor das Ziel eines wichtigen Termins gespeichert. Nun wollte ich sehen, wie das funktioniert.

Natürlich hatte ich an diesen Tagen auch andere Fahrten vor mir, die mich oft in eine entgegengesetzte Richtung geführt haben. Mein Navigationsgerät hat daraufhin gleich gesagt, dass ich wenn möglich umkehren soll. Bald darauf, als ich nicht umkehrte, wurde mir ein anderer Weg gesagt, mein Ziel zu erreichen.

Das hat sich einige Male wiederholt. Ich war überrascht und muss gestehen, dass ich in einem solchen Fall vielleicht aufgegeben hätte.

In der Bibel steht, dass Gott einen Plan mit der Welt und mit jedem Menschen hat. Gott hat einen Plan für mein und für Ihr Leben. Durch den Propheten Jesaja sagt uns Gott: „Mein Plan steht fest, was ich will, führe ich aus.“

Im Psalm 37,5 werden wir aufgefordert: „Befiehl dem Herrn deinen Weg und vertraue ihm. Er wird es fügen!“

Und wenn wir das nicht einsehen und eine andere Richtung einschlagen? Gott kann warten und zeigt uns einen anderen Weg.

Gott ist Meister im Warten. Er kann warten bis nach zehntausend Jahren eine herrliche Tropfsteinhöhle entsteht, in der die Tropfsteine von unten hinaufwachsen oder von oben runter wachsen.

Vertrauen Sie Gott: Er kann mir und Ihnen auch über Umwegen seinen Plan mitteilen.

Viele Heilige haben uns das vorgelebt.

Ernst Pöschl

Unsere neue KABÖ Website ist online



Wir stellen den Menschen in die Mitte!

Home Über uns Aktivitäten Medien & Materialien



Gleich reinschauen: www.kaboe.at

Die KABÖ präsentiert sich nun in einem neuen Gewand - mit neuem Design und übersichtlicher Struktur. Gleichzeitig hatten wir den Anspruch die neue Plattform

optisch ansprechend und zeitgemäß zu gestalten. Aufbau und Navigation haben sich verändert. Die neue Website wurde auch für Tablets und Smartphones entwi-

ckelt und wird auf allen Endgeräten (Desktop, iPads oder Handy) anders dargestellt.

Maria Etl

Buchtipp



Heider Alexander, Schneeberger Karl
ArbeitnehmerInnenschutzgesetz

ÖGB-Verlag, Reihe: Gesetze und Kommentare 163, Preis € 59,00

Mit 1. Jänner 2013 trat die jüngste Novelle zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) mit substanziellen Änderungen in Kraft. Wesentliche inhaltliche Änderungen betreffen die verstärkte Prävention vor psychischen Belastungen und Gefährdungen am Arbeitsplatz und die Berücksichtigung der CLP-Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 bei den Regelungen über Arbeitsstoffe. Zudem hat sich in den letzten zehn Jahren einiger Aktualisierungsbedarf angesammelt, da seit dem Arbeitnehmerschutz-Reformgesetz 2001 keine größere Novellierung des ASchG und auch keine redaktionelle Bereinigung mehr erfolgt ist. Mit der 6. Auflage sind mehrere praxisrelevante Anhänge neu aufgenommen worden. Die wichtigsten Erlässe zum Arbeitnehmer/innenschutzrecht, das aktuelle Arbeitsinspektionsgesetz (ArbIG 1993) und die EU-Rahmenrichtlinie 89/391/

EWG über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit sind als Anhänge neu abgedruckt.

Als Anhänge bewahrt verblieben sind die SVP-Verordnung, die Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente-Verordnung, relevante Auszüge aus dem ArbVG und dem AVRAG sowie die aktuelle Übersicht aller Durchführungsverordnungen zum ASchG und das umfangreiche Stichwortregister. Zur besseren Anwendbarkeit der gesetzlichen Bestimmungen werden wichtige Hintergrundinformationen und Motive zugänglich gemacht. Damit soll insbesondere jenen Personen eine Hilfestellung geboten werden, die in ihrer täglichen Arbeit immer wieder mit Fragen des ArbeitnehmerInnenschutzes konfrontiert sind. Darüber hinaus dient dieses Buch zum besseren Verständnis dieser komplexen Rechtsmaterie für ArbeitgeberInnen, BetriebsrätInnen, Sicherheitsvertrauenspersonen, Sicherheitsfachkräfte, ArbeitsmedizinerInnen und Arbeits- und OrganisationspsychologInnen gleichermaßen.

Dieses web/book ist ein Schlüssel zu über 100 Gesetzen, Verordnungen und EU-Normen rund um den ArbeitnehmerInnenschutz.



Herwig Büchele, Liselotte Wohlgenannt

Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft

ÖGB-Verlag, Reihe: Varia, Preis €24,90

Anlässlich des 85. Geburtstages von Liselotte Wohlgenannt wurde ihr gemeinsam mit Herwig Büchele verfasster, heute noch aktueller Bestseller aus dem Jahr 1985 neu aufgelegt. Die grundlegenden Fragen von damals werden gerade wieder breit diskutiert: Ist es ethisch verantwortbar, jedem Menschen ein Einkommen zur Verfügung zu stellen, ohne Gegenleistung in Form von Erwerbsarbeit zu fordern? Welche Modelle von Grundeinkommen gibt es? Welche Konzepte haben welche politischen und ökonomischen Folgen? Ergänzt um Beiträge von Ronald Blaschke, Ina Prätorius, Margit Appel und Markus Blümel.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

P.b.b.

Absender Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk
Österreich, Spiegelgasse 3/2/6 1010 Wien 02Z031417 M